

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - StBV/020(VII)/21			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	Donnerstag,	Mensa - Baudezernat An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	16:00Uhr	20:30Uhr
Lenkungsausschuss Buckau	25.03.2021			

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Genehmigung der Niederschrift vom 04.03.2021
- 5 Lenkungsausschuss Buckau  
Amt 61
- 6 Denkmale und verwahrloste Immobilien  
Amt 61
- 7 Beschlussvorlagen
- 7.1 2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung

DS0515/20

## EB SAB

- |       |   |             |
|-------|---|-------------|
| 7.1.1 | Änderungsantrag zur 2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung<br>Fraktion Grüne/future!  | DS0515/20/1 |
| 7.2   | Vorplanung für die Erweiterung des internationalen Jugendbegegnungszentrums (IJBZ) "Barleber See" zur Kapazitätserhöhung der ganzjährigen Nutzung um 68 Übernachtungsplätze<br>EB KGm | DS0637/20   |
| 7.3   | Freiflächen Hyparschale, Grundsatzbeschluss und Bestätigung der EW-Bau<br>EB KGm  | DS0647/20   |
| 7.4   | Einleitung des Verfahrens und öffentliche Auslegung des Entwurfs zur 35. Änderung des Flächennutzungsplans der LH Magdeburg "Glindenberger Weg"<br>Amt 61                             | DS0062/21   |
| 7.5   | Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 103-9.1 "Glindenberger Weg/östlich Am Hansehafen"<br>Amt 61  | DS0015/21   |
| 7.6   | Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 103-9.1 "Glindenberger Weg/östlich am Hansehafen"<br>Amt 61                                  | DS0014/21   |
| 7.7   | Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 242-2.1 "Hammersteinweg Ostseite"<br>Amt 61  | DS0565/20   |
| 7.8   | Öffentliche Auslegung des Entwurfs und Änderung des Geltungsbereichs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 242-2.1 "Hammersteinweg Ostseite"<br>Amt 61                                     | DS0566/20   |
| 7.9   | Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 250-7 "Bauhof Am Winterhafen"<br>Amt 61   | DS0665/20   |
| 7.10  | Grundsatzbeschluss zur Neugestaltung des Olvenstedter Platzes<br>Amt 61   | DS0597/20   |
| 7.11  | Stellungnahme der Landeshauptstadt Magdeburg zum 2. Entwurf des Regionalen Entwicklungsplanes für die Planungsregion Magdeburg mit Umweltbericht<br>Amt 61                            | DS0058/21   |
| 7.12  | Fortschreibung des Magdeburger Märktekonzeptes<br>Amt 61  | DS0039/21   |

8	Anträge	
8.1	Orchesterprobenraum Fraktion DIE LINKE	A0266/21
8.1.1	Orchesterprobenraum FB 23	S0053/21
8.2	Neue Chance für das „Haus Junger Talente“ Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0264/21
8.2.1	Neue Chance für das „Haus Junger Talente“ Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0264/21/1
8.2.2	Neue Chance für das „Haus Junger Talente“ FB 23	S0051/21
8.3	Umsetzung der Franz-Mehring-Büste aus dem Geschwister-Scholl-Park in die Mehring-Straße SPD-Stadtratsfraktion	A0122/20
8.3.1	Umsetzung der Franz-Mehring-Büste aus dem Geschwister-Scholl-Park in die Mehring-Straße EB SFM	S0446/20
8.4	Neue Schwimmhalle für Magdeburg CDU-Ratsfraktion	A0195/20
8.4.1	Neue Schwimmhalle für Magdeburg FB 40	S0017/21
8.5	Herausforderung Lieferverkehr Fraktion GRÜNE/future!	A0240/20
8.5.1	Herausforderung Lieferverkehr FB 32	S0031/21
8.6	Indirekte Förderung durch gesplittete Niederschlagswassergebühren bei Dachbegrünung Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0256/20
8.6.1	Indirekte Förderung durch gesplittete Niederschlagswassergebühren bei Dachbegrünung FB 62	S0030/21
8.7	Mehr Außengastronomie in der Sternstraße SPD-Stadtratsfraktion	A0194/20
8.7.1	Mehr Außengastronomie in der Sternstraße Interfraktionell	
8.7.2	Mehr Außengastronomie in der Sternstraße Amt 66	S0023/21

8.8	Neupflanzung/Halberstädter Chaussee CDU-Ratsfraktion	A0243/20
8.8.1	Neupflanzung/Halberstädter Chaussee Amt 66	S0052/21
8.9	Stadtwald-Bäume-Stadtteilparks-Mobile Bäume CDU-Ratsfraktion	A0175/20
8.9.1	Punkt 1.	
8.9.2	Punkt 2.	
8.9.3	Punkt 3.	
8.9.4	Punkt 4.	
8.9.5	Punkt 5.	
8.9.6	Stadtwald-Bäume-Stadtteilparks-Mobile Bäume Amt 61	S0370/20
9	Informationen	
9.1	Tempo 30 für die Hertzstraße Amt 66	I0033/21
9.2	Gehweg-Parken auf der Nordseite der Weferlinger Straße Amt 66	I0048/21
10	Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee	
11	Verschiedenes	
11.1	Bericht über den Stand der Bauarbeiten EÜ ERA Amt 66	I0029/21

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Mirko Stage

**Mitglieder des Gremiums**

Dr. Falko Grube  
René Hempel  
Madeleine Linke  
Christian Mertens  
Burkhard Moll  
Frank Schuster  
Reinhard Stern

**Vertreter**

Christian Hausmann

**Geschäftsführung**

Corina Nürnberg

Entschuldigt:

**Mitglieder des Gremiums**

Norman Belas

---

 Öffentliche Sitzung
 

---

 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit


---

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** begrüßt die Anwesenden. Er geht auf die fristgemäße Ladung ein, stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und eröffnet die Sitzung.

 2. Bestätigung der Tagesordnung


---

Der **Vorsitzende** thematisiert auf Wunsch von **Stadtrat Schuster** den Sitzungsbeginn (16:00 Uhr) des Ausschusses und lässt darüber abstimmen.

Beginn der Sitzung VOR 16:00 Uhr:	1
Beginn der Sitzung DIREKT 16:00 Uhr:	3
Beginn der Sitzung SPÄTER als 16:00 Uhr:	1
Enthaltung:	1

Der Sitzungsbeginn bleibt unverändert bei 16:00 Uhr.

Abstimmung zur Tagesordnung: 6-0-0

 3. Einwohnerfragestunde


---

**Stadtrat Schuster** nimmt ab 16:05 Uhr an der Sitzung teil.

 4. Genehmigung der Niederschrift vom 04.03.2021


---

Die Niederschrift lag nicht vor.

 5. Lenkungsausschuss Buckau


---

 6. Denkmale und verwaarloste Immobilien


---

**Frau Schäferhenrich** (Amt 61) berichtet kurz über die Möglichkeit, bei Verkäufen von stark sanierungsbedürftigen Gebäuden in Sanierungsgebieten das gemeindliche Vorkaufsrecht auszuüben.

Aufgrund von Anhörungsverfahren zur möglichen Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts haben bereits drei Käufer das Vorkaufsrecht gem. § 27 BauGB abgewendet, indem sie sich zur Sanierung der Gebäude verpflichtet haben.

**Stadtrat Stern** hinterfragt die Belastbarkeit der Sanierungsverpflichtung.

**Frau Schäferhenrich** verweist auf die Selbstverpflichtung gegenüber der Gemeinde. Rechtlich kann der Käufer die Ausübung des Vorkaufsrechts mit entsprechendem Nachweis (Finanzierungskonzept) abwenden. In diesem Fall stellt die Stadt ein Negativattest aus. **Stadtrat Stern** äußert Bedenken hinsichtlich einer billigen Vermietungsstrategie durch vereinzelte Eigentümer.

Der **Vorsitzende** verweist auf Bedenken der Stadträte, die gegeben seien.

## 7. Beschlussvorlagen

---

### 7.1. 2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung Vorlage: DS0515/20

---

**Stadtrat Hausmann** nimmt ab 16:15 Uhr an der Sitzung teil.

**Frau König** (BL'in SAB) bringt die Beschlussvorlage ein und geht auf den Änderungsantrag und die damit verbundenen Auswirkungen ein. Der Änderungsantrag wurde in Bezug auf die Umsetzbarkeit geprüft und dazu führt sie detailliert aus.

Des Weiteren bittet sie um eine punktweise Abstimmung des Änderungsantrages.

**Frau König** erläutert im Einzelnen die Auswirkungen auf den Gebührenzahler und verweist auf eine notwendige neue Gebührenkalkulation.

Der Winterdienst wurde entsprechend des Straßenreinigungsgesetz geregelt. Im Winterdienstkonzept werden die Leistungen im Einzelnen konkret dargestellt.

Sie verweist darauf, dass bei einer Umsetzung des Änderungsantrages zum § 5 (5) dieses Konzept umfassend überarbeitet werden müsste. Dieses würde eine Fremdvergabe erfordern und ca. 90 Tausend Euro zusätzlich bedeuten.

Im Änderungsantrag jeweils gleichlautende Begriffe (Radwegüberweg) zu verwenden sei richtig, stimmt **Stadträtin Linke** der Anregung von **Frau König** zu.

Des Weiteren schildert **Stadträtin Linke** die Situationen im Haltestellenbereich bei einem direkten Ausstieg auf der Straße. Im letzten Winter war es teilweise sehr schwierig von der Haltestelle auf der Straße bis auf den Gehweg zu gelangen.

Daraufhin erläutert **Frau König** den Vorschlag, auf einer Länge von ca. 20 Meter den Winterdienst zukünftig im Haltestellenbereich auf der Straße ausdehnen zu wollen.

**Stadträtin Linke** liege es fern, der Verwaltung hier die Arbeitsabläufe vorschreiben zu wollen. Die Prioritätenliste sei ihrer Meinung nach anzupassen.

**Frau König** verweist auf die Beschlusslage des Winterdienstkonzeptes, die Abstimmungen mit dem Tiefbauamt und geht auf die bestehende Koordinierungsgruppe ein.

**Stadtrat Schuster** stellt einen Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) zum Vertagen der Beschlussvorlage. Er bittet um Vorlage einer schriftlichen Stellungnahme zum Änderungsantrag mit Angabe zu den zusätzlichen Kosten.

**Stadtrat Dr. Grube** befürwortet die Berücksichtigung der Radüberwege und bittet darum, bezüglich der Schneeberäumung auf den Radwegen die Auswirkung mit dargestellt zu bekommen.

**Stadtrat Hempel** bittet um eine Neupriorisierung der Reihenfolge und Berücksichtigung von „Lastenräder“.

**Stadtrat Mertens** bittet um eine statistische Erhebung, die verdeutlicht, wie viele Personen das Fahrrad ganzjährig benutzen.

**Stadtrat Stern** verweist auf die Technik, die im Zusammenhang mit der Beräumung benötigt werde, und spricht sich für eine entsprechende Ausnahmeklausel aus.

- Ausgenommen werden Straßen mit einer Breite unter 1,50 Meter.

**Stadtrat Stage** schlägt vor, dem GO-Antrag von **Stadtrat Schuster** zu folgen und um den Hinweis, zu ergänzen, dass vor einer erneuten Beratung im StBV Drucksache, Änderungsantrag und zu erstellende Stellungnahme zuerst im Betriebsausschuss SAB beraten werden sollten.

*Abstimmung zum GO-Antrag: 8-0-1 vertagt*

vertagt

7.1.1. Änderungsantrag zur 2. Änderungssatzung zur  
Straßenreinigungssatzung  
Vorlage: DS0515/20/1

---

vertagt

7.2. Vorplanung für die Erweiterung des internationalen  
Jugendbegegnungszentrums (IJBZ) "Barleber See" zur  
Kapazitätserhöhung der ganzjährigen Nutzung um 68  
Übernachtungsplätze  
Vorlage: DS0637/20

---

**Herr Reum** (BL KGm) erläutert die unterschiedlichen Varianten. Die Vorzugsvariante der Verwaltung überschreite die Baugrenze, dieses sei aber mit dem Amt 63 abgestimmt. Des Weiteren geht er auf Mehrkostenausweisung durch Photovoltaik-Anlage und/oder Gründach ein. In der derzeitigen Kostenschätzung seien diese Mehrkosten nicht mit enthalten.

**Stadtrat Hempel** verweist auf die Lage des Objektes und findet, auf eine Dachbegrünung könne hier verzichtet werden.

**Stadträtin Linke** fragt wo die Entscheidungsmöglichkeit für den Stadtrat liege. Sie hinterfragt die Umsetzung der Beschlusslage hinsichtlich Solar- und Photovoltaik.

**Herr Reum** verweist auf den vorliegenden Planungsstand (Vorplanung). Im Rahmen der EW-Bau sei die Möglichkeit zur Beteiligung des Stadtrates erneut gegeben.

**Stadtrat Stern** verweist auf die Variante 1, die dies berücksichtigt und im Betriebsausschuss des EB KGm so auch favorisiert wurde.

Der StBV spricht sich für die Variante mit Photovoltaik-Anlage aus.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** (9-0-0) den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV055-020(VII)21**.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr bestätigt die als Anlage dargestellte Vorplanung zur Umgestaltung des IJBZ "Barleber See" in Magdeburg.
  2. Der Eb KGM wird mit der Erarbeitung der EW-Bau in 2022 beauftragt. Dafür werden von den Gesamtkosten anteilig 250.000,00 € planmäßig im investiven Haushalt bereitgestellt.
- 7.3. Freiflächen Hyparschale, Grundsatzbeschluss und Bestätigung der EW-Bau  
Vorlage: DS0647/20
- 

**Herr Reum** erläutert die Beschlussvorlage. Die Grundzüge der Planung werden konkretisiert und sollen dem Stadthallenareal ein dem aktuellen Zeitgeschehen angemessenes Bild verleihen. Dabei soll sich die Freiraumplanung zeitgemäß und funktional einfügen.

**Stadtrat Stage** geht auf das deutlich größere Umfeld ein. Die tatsächlichen Freiflächen sind deutlich größer, als der jetzt zum Beschluss vorliegende Streifen um die Hyparschale. Das gesamte Umfeld müsste doch zusammen betrachtet und bis Ende 2022 fertig gestellt werden, stellt er fest. Er fragt, ob der angedachte Zeitplan gehalten werde.

**Herr Reum** geht auf das Bauvorhaben Hyparschale ein, hier passe der zeitliche Rahmen. Die Baumaßnahme im Bereich der Stadthalle werde zeitlich versetzt fertig gestellt.

**Herr Dr. Scheidemann** verweist auf die Entwässerungsproblematik und erläutert die förderrechtlichen Begleitumstände.

**Stadtrat Moll** bemängelt die geringe Anzahl der geplanten Fahrradabstellbügel (5 Stk.) sowie Papierkörbe (3 Stk.).

**Herr Reum** verweist auf das ganzheitliche große Konzept mit zentralen Plätzen. Papierkörbe, Bänke und Fahrradabstellbügel seien nur ein adäquates Mittel. Für den Bereich der Hyparschale soll dahingehend noch ein Angebot vorgehalten werden.

Auf das Betonpflaster eingehend verweist er auf das Gestaltungskonzept und geht auf die hitzeresistente Bepflanzung ein.

**Stadtrat Schuster** hinterfragt die Baumarten, die gepflanzt werden sollen. Des Weiteren regt er an, von Heinrich Apel zwei Wasserbecken im Zuge der Freiflächengestaltung im Bereich der Hyparschale mit zu integrieren. Er verweist auf die Existenz alter Fotos hinsichtlich Rekonstruktion und Aufstellung.

**Herr Reum** kann zu den Baumarten keine Angaben machen, dieses laufe direkt beim Amt 31. Der Vorschlag zu Heinrich Apel sei interessant, komme aber zum jetzigen Zeitpunkt zu spät. Dieser Vorschlag hätte in die Planung bereits mit einfließen müssen. Momentan geht es um den Grundsatzbeschluss und die Bestätigung der EW-Bau.

Eine Möglichkeit, den Gedanken zu Heinrich Apel mit aufzugreifen, sehe er im Rahmen der Planung zum Albinmüller-Turm in unmittelbarer Nähe.

**Stadträtin Linke** findet eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität gut. Fahrradabstellanlagen sollten sich jedoch in der Nähe zu Eingängen befinden, stellt sie fest. Sie bittet dieses so umzusetzen und spricht sich für weitere zusätzliche Fahrradabstellanlagen aus.

**Herr Reum** nimmt den Hinweis mit und verweist auf den gegebenen Kostenrahmen.

**Stadtrat Stern** geht auf die Thematik Hochwassergefährdung ein und hinterfragt die geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen.

**Herr Reum** geht auf die Maßnahmen am Baukörper der Hyparschale hinsichtlich des Hochwasserschutzes ein. Des Weiteren werde eine Schottung im Haupteingangsbereich der Hyparschale vorgesehen sowie eine weiße Wanne im Brüstungsbereich.

**Stadtrat Dr. Grube** geht noch einmal auf die vorgesehenen Baumarten ein, verweist auf die schmalen Pflanzstreifen und äußert Bedenken hinsichtlich des Wurzelwachstums.

**Herr Reum** geht auf das abgestimmte Baumkonzept ein, verweist auf Pflanzgruppen und erläutert Zuwegungs- und Befahrungsmöglichkeiten, die gewährleistet werden müssen.

Abschließend geht **Stadtrat Stage** noch einmal auf die Thematik Fahrradabstellanlagen ein und bittet um mittelfristige Information über den Zeitplan für die Fertigstellung der Freiflächen insgesamt.

Abstimmung zur DS0647/20: 8-0-1

7.4. Einleitung des Verfahrens und öffentliche Auslegung des Entwurfs zur 35. Änderung des Flächennutzungsplans der LH Magdeburg "Glindenberger Weg"  
Vorlage: DS0062/21

---

**Frau Schäferhenrich** erläutert die TOP 7.4, 7.5 und 7.6 im Zusammenhang.

Bei dem Plangebiet handelt es sich um eine industrielle Brachfläche, auf der eine Photovoltaik-Anlage errichtet werden soll.

Der Flächennutzungsplan stellt im Plangebiet Sonderbaufläche mit Zweckbestimmung „Hafen“ dar. Damit widerspricht die geplante Nutzung den Darstellungen des aktuellen Flächennutzungsplanes. Der Flächennutzungsplan soll im Parallelverfahren geändert und die Flächen entsprechend der vorgesehenen Nutzung als gewerbliche Baufläche dargestellt werden.

**Stadtrat Stage** geht auf das Thema Naturschutz in der Abwägung ein.

Hierbei handele es sich um einen Hinweis der unteren Naturschutzbehörde, teilt **Frau Schäferhenrich** mit.

**Stadtrat Stern** fragt nach der Stellungnahme der Hafent GmbH.

Es habe keine Rückmeldung von der Hafent GmbH gegeben, teilt **Frau Schäferhenrich** daraufhin mit.

**Stadtrat Stage** hinterfragt noch einen möglichen anderen Bedarf für die Brachfläche.

Das Grundstück ist für eine eigenständige gewerbliche Nutzung nicht erschlossen, die benachbarten Gewerbebetriebe wurden angefragt und haben keine Erweiterungsabsicht.

Abstimmung zur DS0062/21: 9-0-0

7.5. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 103-9.1 "Glindenberger Weg/östlich Am Hansehafen"  
Vorlage: DS0015/21

---

Abstimmung zur DS0015/21: 9-0-0

- 7.6. Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 103-9.1 "Glindener Weg/östlich am Hansehafen"  
Vorlage: DS0014/21
- 

Abstimmung zur DS0014/21: 9-0-0

- 7.7. Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 242-2.1 "Hammersteinweg Ostseite"  
Vorlage: DS0565/20
- 

Die TOP 7.7 und 7.8 werden zusammenhängend erläutert und beraten.

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** macht einen Vorschlag zum Verfahren und informiert über die Vorgehensweise des Ausschusses für Umwelt und Energie (UwE). Dieser habe die Beschlussvorlagen in 1. Lesung behandelt und sich für einen Vor-Ort-Termin ausgesprochen. Diesem Verfahren möchte sich der **Vorsitzende Stadtrat Stage** anschließen.

1. 1. Lesung;
2. Vor-Ort-Termin am 09.04.2021 um 15:30 Uhr;

**Frau Schäferhenrich** bringt die Beschlussvorlagen ein.

**Herr Dr. Scheidemann** ergänzt, dass eine aktualisierte Übersicht zu den Bestandshöhen im Elbbahnhof vorliegt, hier war in der Drucksache ein Fehler unterlaufen. **Frau Schäferhenrich** erläutert die Höhensituation anhand einer Darstellung. Sie geht u.a. auf die unterschiedlichen Gebäudehöhen im Elbbahnhof sowie die Höhenlage am Hammersteinweg ein.

**Herr Dr. Scheidemann** richtet sich an einen anwesenden Bürger in Bezug auf das sich im Untergrund vermutete alte Wasserwerk und stellt seine Aussage im Stadtrat richtig.

**Stadtrat Dr. Grube** bittet um eine rechtliche Würdigung in Bezug auf die Aussagen zum Kavalier hinsichtlich Bebauung sowie der Geltungsbereichsänderung. Er geht auf die erteilte Baugenehmigung nach § 35 Bau GB ein und findet dieses kritisch.

Des Weiteren geht er auf die Diskussion zu den Gebäudehöhen in der letzten Sitzung ein.

**Stadtrat Stage** schließt sich den Aussagen von **Stadtrat Dr. Grube** an und geht auf die Höhendarstellung ein. Das Gebiet sollte sich von der Elbe ansteigend auf etwa 65,00 Meter und nicht auf 70,90 Meter in der Höhe entwickeln. Er zeigt anhand vergangener Stadtratsbeschlüsse, dass sich Höhen und Ansichten deutlich geändert haben. Er findet die Bebauung zu massiv, die Bebauung ist um ein Geschoss höher als mit der Drucksache DS0371/17 vom Stadtrat beschlossen, stellt er fest.

**Stadtrat Schuster** spricht sich für einen Vor-Ort-Termin aus und bittet die Darstellung der Höhen als Anlage zum Protokoll mit zu verteilen.

Der Vorsitzende des UwE **Stadtrat Moll** verweist auf den geplanten Vor-Ort-Termin am 09.04.2021 um 15:30 Uhr und würde die Teilnahme des Investors sowie Vertreter\*innen der Verwaltung begrüßen. Der anwesende Investor sichert seine Teilnahme zu.

**Stadträtin Linke** findet die Errichtung einer Tiefgarage gut, kann aber deren Zufahrt nicht erkennen.

**Frau Schäferhenrich** erläutert dieses anhand der vorliegenden Planung.

**Stadtrat Stern** vermisst Angaben zur Geschossigkeit.

**Stadtrat Stage** führt weiter aus, dass es nur schwer möglich ist, den vorliegenden Bebauungsplan bezüglich der Gebäudehöhen mit den angrenzenden B-Plänen abzugleichen. Während in allen umgebenden Plangebieten Höhen als Traufhöhen angegeben wurden, also relativ zum Bodenniveau, enthalte dieser Plan absolute Höhen in Bezug zum Meeresspiegel. Als ehrenamtlicher Stadtrat muss man also erst ermitteln, wie hoch über Normalnull das Bodenniveau der umliegenden Plangebiete ist, um die Höhen überhaupt vergleichen zu können. Er hat auf dieses Problem bereits in der Vergangenheit hingewiesen und bittet zukünftig um eine klare Darstellung von absoluter Höhe, Traufhöhe und Geschossigkeit.

**Herr Dr. Scheidemann** verweist auf die Forderung nach einer absoluten Höhe durch das Amt 63. Eigentlich sollte dieses einheitlich aus dem Baudezernat umgesetzt werden. In der Begründung zum Bebauungsplan werde dann auf die Geschossigkeit eingegangen. Des Weiteren erläutert er die Rechtsgrundlagen für die erteilte Baugenehmigung für das Kavalier Scharnhorst und geht dabei auf den Bestandschutz sowie das bestehende Baurecht nach § 35 BauGB ein und verweist auf die Angreifbarkeit einer Bauleitplanung, die nur zu einer Verhinderung von Baumaßnahmen durch die Verwaltung initiiert werde.

**Stadtrat Stage** verwundert über den scheinbar sehr großzügigen Umgang mit dem Baudenkmal. Er verweist auf vergangene Diskussionen, die z.B. um die „orangenen Bänke“ oder um die Bepflanzung leerer Baumscheiben auf dem Domplatz geführt und die unter Berufung auf den Denkmalschutz abgelehnt wurden. Massive Umbauten eines Denkmals sind möglich, mobile Bänke auf dem Domplatz aber nicht, das kann er nicht nachvollziehen.

**Herr Dr. Scheidemann** verweist auf ein mehrfaches Angebot von Seiten der Verwaltung an die Stadträt\*innen hinsichtlich einer fachlichen Einführung in das Baurecht (Planungsrecht und Denkmalrecht) zu Beginn der Legislaturperiode.

*GO-Antrag zum Vertagen und Vor-Ort-Termin:* 9-0-0

vertagt

7.8. Öffentliche Auslegung des Entwurfs und Änderung des Geltungsbereichs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 242-2.1 "Hammersteinweg Ostseite"  
Vorlage: DS0566/20

---

vertagt

7.9. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 250-7 "Bauhof Am Winterhafen"  
Vorlage: DS0665/20

---

**Frau Schäferhenrich** bringt die Beschlussvorlage ein.

**Stadtrat Stern** spricht sich gegen die Beschlussvorlage aus. Er kann eine damit verbundene weitere zeitliche Verzögerung hinsichtlich eines neuen Schulstandortes nicht befürworten. Ein Schulstandort an dieser Stelle sei einfach nicht tragbar.

**Stadtrat Hempel** werde der Beschlussvorlage nicht zustimmen. Die vormals geäußerten Sorgen und Bedenken haben sich alle bestätigt, stellt er fest. Er verweist auf die Haushaltslage und die enormen Kosten, die mit diesem Standort verbunden sein werden. Der Beschlussvorlage könne schlicht nicht zugestimmt werden.

**Stadtrat Dr. Grube** werde der Beschlussvorlage zustimmen und will an dem damit verbundenem Bebauungsplanverfahren festhalten. Es geht ihm um eine Klärung der Bebaubarkeit des Geländes, egal ob der Standort sich als Schulstandort eigne oder sich andere Bebauungsmöglichkeiten ergeben.

Das Gelände als reinen Baumstandort vorzuhalten hält er für eine Verschwendung.

**Stadtrat Stage** bittet darum, nicht die gesamte Schuldiskussion aus dem Herbst 2020 erneut zu führen. Er verweist darauf, dass es sich um einen Aufstellungsbeschluss handelt, damit soll der Start in ein Bebauungsplanverfahren eröffnet werden, welches dann für die Prüfung möglicher Herausforderungen wie Hochwasser, Altlasten und Verkehr zuständig ist. Momentan sehe er keinen anderen Alternativstandort für einen Schulneubau.

**Stadtrat Hausmann** schließt sich den Ausführungen von **Stadtrat Hempel** an. Er könnte sich eine Zurückstellung der Beschlussvorlage vorstellen, um erst die Entscheidung zum Antrag A0009/21 „Grün- und Freiräume am Winterhafen“ der Fraktion Grüne/future! noch abzuwarten.

**Stadträtin Linke** geht auf die Darstellung (Gemeinbedarfsfläche) im Flächennutzungsplan ein. Die Festsetzung zur Gemeinbedarfsfläche und keine Festsetzung zur Wohnbaufläche sei ihr wichtig. Sie verweist auf die Mehrheiten bei der Beschlussfassung hinsichtlich Schulstandort. Das Fehlen eines Verkehrskonzeptes sei problematisch aber elementar wichtig. Sie verweist auf eine gute Verkehrsanbindung, die gegeben sei. Der Verkehr müsse jedoch aus dem Stadtpark ferngehalten werden/draußen verbleiben.

**Stadtrat Schuster** sieht die Problematik in der fehlenden Gesamtbetrachtung des Areals vom Winterhafen bis zum ehemaligen Clubhaus der Eisenbahner. Die Herauslösung eines kleinen Bereiches und die Ausblendung der Restfläche findet er nicht zielführend. Neben der Frage zum Schulstandort, die endlich geklärt werden müsse, müsse eine Planung für das Gesamtareal erfolgen. In dem Zusammenhang geht er auf den Vor-Ort-Termin zum Seniorenzentrum ein. Ein Gesamtkonzept muss erstellt werden oder man kann eine geordnete Entwicklung in diesem Bereich vergessen.

**Stadtrat Stage** verweist auf die Diskussionen zum Schulstandort und den mehrheitlich gefassten Beschluss.

Es habe keinen einheitlichen Beschluss im Stadtrat dazu gegeben, stellt **Stadtrat Stern** klar. Mehrheitsbeschlüsse lassen durchaus unterschiedliche Auffassungen von einzelnen Fraktionen des Stadtrates zu.

Anschließend verweist er auf die vorhandene Belastung der Verwaltung. Die Verwaltung soll jetzt ein Verfahren umsetzen, das Personal und Kosten binden wird. Dieses hält er für verlorene Manpower, für verlorene Zeit. Am Ende werde es wieder keine Lösung für das Problem um einen neuen Schulstandort geben.

**Stadtrat Hempel** verweist auf einen neuen Erkenntnisstand, der gegeben sei. Er gibt **Stadtrat Schuster** Recht in Bezug auf das Herauslösen und Beurteilen von immer nur kleinen Bereichen.

Verschiedene Interessen (Seniorenzentrum, Schule,,,) treffen hier in einzelnen Bereichen des Gesamtareals aufeinander.

Für ihn kristallisiere sich immer mehr nur eine Gesamtbetrachtung des Areals heraus. Eine Entscheidung im Großen müsse getroffen werden.

Der Standort Am Winterhafen sei für eine Schule ungeeignet.

**Stadtrat Hausmann** bittet um Vertagung der Beschlussvorlage und verweist auf die Information vom Dienstag. Dieser Erkenntnisstand müsse erst einmal neu bewertet werden.

*Abstimmung zum GO-Antrag zum Vertagen:*

1-6-2

*abgelehnt*

Abschließend bittet der **Vorsitzende** bis zum Beschluss im Stadtrat statt nur zu kritisieren, auch alternative Schulstandorte zu benennen.

Abstimmung zur DS0665/20: 5-4-0

7.10. Grundsatzbeschluss zur Neugestaltung des Olvenstedter Platzes  
Vorlage: DS0597/20

---

**Herr Dr. Lerm** (AL 61) geht auf die Vorstellung der Planungen in der GWA ein und informiert über die Diskussion.

Das Ansinnen der GWA bestand zum einen:

- in einer Betrachtung von Hauskante zu Hauskante (Dieses sei aber nicht Bestandteil des Grundsatzbeschlusses, teilt er mit.);
- Lösungssuche nach barrierefreien Übergängen;
- Versiegelungsgrad in der Mitte des Platzes;
- Denkmal- und Erinnerungskultur;
- Belebungs-faktoren;
- Baumerhalt;

Im Fazit habe es eine ähnliche Diskussion wie im StBV gegeben, stellt **Herr Dr. Lerm** abschließend fest.

**Stadtrat Stage** geht auf die Beschlusslage zur Neugestaltung des Olvenstedter Platzes ein. Einen Änderungsantrag dazu könne er sich durchaus vorstellen.

**Stadtrat Moll** geht noch einmal auf die Integration einer WC-Anlage auf dem Olvenstedter Platz ein und verweist auf den Schellheimer bzw. Neustädter Platz als Beispiele. Viele Bürger äußerten den Wunsch nach einer WC-Anlage auf dem Olvenstedter Platz.

Des Weiteren verweist er auf Bildmaterial verschiedenster Modelle in den unterschiedlichsten Ausführungen, die er zusammengetragen habe und vorstellt.

**Stadträtin Linke** spricht sich für eine Ergänzung der Beschlussvorlage aus. Die Verkehrssituation müsse bis zum Übergang des Nahversorgers mit betrachtet werden und eine barrierefreie Lösung müsse in die Planung mit einfließen.

**Stadtrat Dr. Grube** spricht sich gegen einen WC-Standort auf dem Platz aus. Er könne keinen Vergleich zum Schellheimer Platz bzw. Neustädter Platz erkennen.

Eine WC-Anlage im weiteren Umfeld könne er sich durchaus vorstellen.

Vorort habe er sich die Bäume angesehen, diese sollten so gut es geht erhalten bleiben. Die Planungen sollten dahingehend angepasst werden.

**Stadtrat Stern** erkundigt sich nach der geplanten Staudenbepflanzung. Des Weiteren fragt er, warum der Finanz- und Grundstücksausschuss im Verfahren nicht mit beteiligt wurde. Er geht auf die Darstellung der laufenden Betriebskosten ein und er hält die finanzielle Unterhaltung der Brunnenanlage für problematisch. Die Suche nach Patenschaften für die Brunnenanlage sollte bei Zeiten angegangen werden, empfiehlt er.

**Herr Dr. Scheidemann** verweist auf die Beschlusslage aus dem Stadtrat und die damit verbundenen Beteiligungsabläufe.

Der anwesende **Herr Matz** (FB 40) führt allgemein zu Staudenbepflanzung unter Bäumen aus (Lichtbedarf, Wasserbedarf).

**Stadtrat Hempel** weist auf eine Studie der NASA zur Förderung von Elektromobilität (MVB) hin und er informiert darüber, dass der Bereich Olvenstedter Platz darin mit vorgesehen werde.

Eine barrierefreie Querung zum Nahversorger sei aufgrund der dafür benötigten Elektroinstallation problematisch, gibt er zu bedenken.

Der **Vorsitzende** lässt abschließend über die Thematik WC-Standort Olvenstedter Platz abstimmen.

- direkt auf dem Platz: 1;
- im näheren Umfeld: 6;
- kein WC: 1;
- Enthaltung: 1;

*Änderungsantrag StBV:*

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat folgende Ergänzung (**fett**) des Beschlussvorschlages:*

1. *Der Stadtrat beschließt, dass der Olvenstedter Platz **sowie die umgebende Verkehrsfläche betrachtet und** umgestaltet werden soll.*

*Abstimmung: 9-0-0*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, die vorliegende Bau- und Entwurfsbeschreibung weiter zu führen und dem Stadtrat eine Entwurfsplanung zur Entscheidung vorzulegen.*

**Neu 3. Bestandsbäume sind zu erhalten.**

*Abstimmung: 8-0-1*

Abstimmung zur DS0597/20: 9-0-0 empfohlen mit Änderungsantrag

- 7.11. Stellungnahme der Landeshauptstadt Magdeburg zum 2. Entwurf des Regionalen Entwicklungsplanes für die Planungsregion Magdeburg mit Umweltbericht  
Vorlage: DS0058/21
- 

**Herr Dr. Lerm** stellt die Beschlussvorlage vor.

**Stadtrat Dr. Grube** befürwortet die Position der Stadt. Zur Anlage 2 b „kulturelle Einrichtungen“ hat er Nachfragen hinsichtlich der Streichung der Grünen Zitadelle, fehlende Museen...

**Stadtrat Stage** stellt fest, dass die Anlage total veraltet sei. Er benennt rund 20 Einrichtungen/Orte, die entweder nicht mehr existieren oder fehlen und übergibt **Herrn Dr. Lerm** eine entsprechende Liste.

**Herr Dr. Lerm** verweist auf die Zuarbeiten durch den Bereich Dez. IV und werde dieses klären.

**Stadträtin Linke** erkundigt sich nach der Rückmeldungsfrist.

**Stadtrat Dr. Grube** erläutert das Verfahren.

**Stadtrat Stage** bittet um eine Aktualisierung der Anlage bis zum Beschluss im Stadtrat.

Abstimmung zur DS0058/21: 9-0-0

7.12. Fortschreibung des Magdeburger Märktekonzeptes  
Vorlage: DS0039/21

---

**Frau Mackay** (Amt 61) bringt allgemein die Beschlussvorlage ein. **Herr Dr. Holl** (Geschäftsführer GMA) erläutert anhand einer Präsentation die Fortschreibung des Magdeburger Märktekonzeptes.

**Stadtrat Stage** bedankt sich für den Vortrag bei **Herrn Dr. Holl**. Er erinnert an die Sorgen des Handels, diese sollten ernst genommen werden.

**Herr Dr. Lerm** verweist darauf, wie sehr das Magdeburger Märktekonzept aus städtebaulicher Sicht zur Steuerung des Einzelhandels gebraucht werde. Neu ist, dass die pauschal eingeräumte Möglichkeit, in Baudenkmalen großflächigen Einzelhandel zuzulassen, entfallen soll.

**Stadtrat Hempel** sieht einen Bedarf an der Fortschreibung des Magdeburger Märktekonzeptes gegeben. Die Menschen müssen sich fußläufig versorgen können. Er hinterfragt den Umgang mit der Innenstadt sowie der Kauffixierung, geht auf die Sondergebiete Flora Park und Bördepark ein und spricht sich für eine Stärkung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt aus.

**Herr Dr. Lerm** verweist auf eine Betrachtung der Angemessenheit.

Er verweist auf die Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem Regionalverkehr und er geht auf die Zentrenhierarchie ein.

**Stadtrat Dr. Grube** spricht sich für die Beschlussvorlage aus. Eine Unterordnung von Flora Park und Bördepark sei aus seiner Sicht wichtig. Mit den Besuchern aus Flora Park und Bördepark hätte er lieber die Innenstadt gefüllt. Menschen, die die Innenstadt beleben, seien wichtig. Einkaufen soll in der Innenstadt stattfinden und dafür werde ein Innenstadtkonzept benötigt/erforderlich.

Corona habe den Innenstadthandel durch starken Onlinehandel sehr beeinflusst. Dieser Situation müssen wir uns stellen.

**Stadtrat Stern** begrüßt das Konzept, damit sei ein Handlungsrahmen gegeben.

Die Streichung „Baudenkmale für großflächigen Einzelhandel ausnahmsweise zuzulassen“, kann er nicht nachvollziehen. Die damit verbundenen Entwicklungen fand er positiv.

Durch die Pandemie sei der Onlinehandel der große Gewinner, die kleinen Händler jedoch die Verlierer, diese müssten gestärkt werden.

Den Verkehrsfluss zur Innenstadt zu blockieren, werde die Innenstadthändler zusätzlich schwächen. Hier müsse umgedacht werden.

Abschließend verweist er auf einen Artikel im Spiegel unter „Auto in die Innenstadt“.

Der **Vorsitzende** bittet darum, die Diskussion wieder auf das Magdeburger Märktekonzept zu begrenzen.

**Herr Dr. Lerm** verweist auf die überregional positiv betrachtete Form des „Magdeburger Ladens“.

Der Spiegelartikel stelle sich aus seiner Sicht anders dar. Mischbare Formen (Öffnung für Fahrräder) seien in der Innenstadt vorstellbar, so das Fazit des Artikels seiner Meinung nach. Des Weiteren geht er auf die Möglichkeit der Nachnutzung von Baudenkmalen ein.

Ergänzend verweist **Herr Dr. Scheidemann** auf die fehlende Nachfrage nach Handel in einem Baudenkmal. Andere Nutzungen wie Wohnen oder Sport seien momentan nachgefragt.

Abstimmung zur DS0039/21: 8-0-1

## 8. Anträge

---

### 8.1. Orchesterprobenraum Vorlage: A0266/21

---

**Stadtrat Hempel** führt zum Antrag aus.

**Herr Reckling** (FB 23) bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein und bezieht den TOP 8.2.2 bei seinen Ausführungen gleich mit ein.

**Stadtrat Stage** kennt die Situation vor Ort sehr gut. Die Bausubstanz sei problematisch, ebenso sei die Lage schwierig und schließe seiner Meinung nach die Nutzung für einen Orchesterproberaum aus.

**Stadtrat Stern** verweist auf die deutlichen Aussagen in den Stellungnahmen. Der Antrag sei richtig, der Wille sei aber nicht umsetzbar. Die Haushaltssituation müsse ebenfalls mit betrachtet werden.

Der 1. Antrag (A0266/21) sei sinnvoll, jedoch als Orchesterproberaum aus seiner Sicht ungeeignet, so **Stadtrat Dr. Grube**.

Der 2. Antrag (A0264/21) sei formal falsch und somit abzulehnen.

**Stadtrat Hempel** nimmt die Anregungen in die Fraktion mit. Die Verwaltung sollte angeregt werden für das Orchester nach einer Lösung zu suchen. Er bittet um Informationen zum Stand des Antrages hinsichtlich einer Lösungssuche, um das Problem des fehlenden Orchesterproberaum zu klären.

Abstimmung zum Antrag A0266/21: 1-6-2 nicht empfohlen

### 8.1.1. Orchesterprobenraum Vorlage: S0053/21

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### 8.2. Neue Chance für das „Haus Junger Talente“ Vorlage: A0264/21

---

Abstimmung zum Antrag A0264/21: 0-9-0 nicht empfohlen

### 8.2.1. Neue Chance für das „Haus Junger Talente“ Vorlage: A0264/21/1

---

Abstimmung zum Antrag A0264/21/1: 0-9-0 nicht empfohlen

8.2.2. Neue Chance für das „Haus Junger Talente“  
Vorlage: S0051/21

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.3. Umsetzung der Franz-Mehring-Büste aus dem Geschwister-Scholl-Park in die Mehring-Straße  
Vorlage: A0122/20

---

**Stadtrat Hempel** verlässt um 18:50 Uhr die Sitzung.

**Herr Dr. Scheidemann** informiert über die Behandlung im BA SFM am 30.03.2021.

**Stadtrat Hausmann** begrüßt die Vorstellung im BA SFM und spricht sich für eine nochmalige Vertagung des TOP aus.

**Stadtrat Dr. Grube** lässt den TOP zurückstellen.

vertagt

8.3.1. Umsetzung der Franz-Mehring-Büste aus dem Geschwister-Scholl-Park in die Mehring-Straße  
Vorlage: S0446/20

---

vertagt

8.4. Neue Schwimmhalle für Magdeburg  
Vorlage: A0195/20

---

**Herr Matz** bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein und erläutert die Fördermöglichkeiten.

**Stadträtin Linke** findet die Idee einer weiteren Schwimmhalle für Magdeburg gut. Optional sieht sie eine Möglichkeit darin, dass doch die Stadt das Nemo erwerben und betreiben könne.

**Stadtrat Dr. Grube** spricht sich für den Antrag aus, hinsichtlich Nemo verweist er auf die nicht ausreichend langen Schwimmbahnen.

Die Auslastung der neuen Halle sollte erst einmal geprüft werden und bei möglichen freien Kapazitäten der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, schlägt er vor.

**Stadtrat Stern** findet die Stellungnahme sowie die Vorabstimmungen sehr gut. Er verweist auf den Schwimmsportstandort Magdeburg und hebt die 2/3-Förderung der Baumaßnahme hervor.

**Stadtrat Hausmann** hält die Idee, ein Spaßbad in eine Schwimmhalle umzunutzen, für fraglich. Er verweist auf freiwerdende Kapazitäten, mit Inbetriebnahme einer neuen Schwimmhalle für

den Leistungssport. Bei den vorhandenen Schwimmhallen müssten sich dadurch veränderte Auslastungen darstellen.

Abstimmung zum Antrag A0195/21: 8-0-0

8.4.1. Neue Schwimmhalle für Magdeburg  
Vorlage: S0017/21

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.5. Herausforderung Lieferverkehr  
Vorlage: A0240/20

---

**Stadträtin Linke** bringt den Antrag ein und verweist auf den zunehmenden Onlinehandel und die damit verbundenen Verkehrssituationen. Sie verweist auf die Sicherheitsproblematik und darauf, dass eine Kommune demensprechend steuern/regeln könnte.

**Herr v. Baur** (FB 32) erläutert die Stellungnahme der Verwaltung und verweist auf ein sehr komplexes Thema hier. Gespräche mit der IHK haben bereits stattgefunden. Er geht auf die Intensivierung der Kontrollen und deren Auswirkungen ein und verweist auf die unterschiedlichsten Belieferungsgründe (Anwohnerbelieferung bzw. Geschäftsbelieferung). Bei intensiveren Kontrollen werden die Kleinsten in der Lieferkette abgestraft, gibt er mit zu bedenken.

**Stadtrat Schuster** verweist auf das Problem der Lieferketten als Ursache. Die Warenhaltung findet auf der Straße statt.

**Stadtrat Mertens** fragt, wie die Umsetzung des Antrages erfolgen sollte. Die Leute (Fahrer\*innen) stehen unter Zeitdruck und werden sich immer den kürzesten Weg wählen. Er will die Symptome bekämpfen. Dieses sei aber nicht der richtige Weg.

**Stadtrat Dr. Grube** werde sich enthalten. Der Druck auf die Paketzusteller\*innen unter prekären Arbeitsbedingungen werde bleiben. Einen Ansatz zur Konfliktlösung kann er momentan nicht erkennen. Parkplätze für Lieferfahrzeuge einzurichten, die zu Lasten von Fahrradwegen gehen, lehne er ab.

**Stadtrat Stage** stimmt **Stadtrat Schuster** zu. Der Onlinehandel boomt und das Rad kann nicht zurückgedreht werden. Eine Möglichkeit sieht er eventuell darin, einzelne Parkplätze nur für den Lieferdienst in einem bestimmten Zeitfenster von bis freizuhalten. Bereits heute blockieren sich mehrere Lieferdienste in engen Straßen teils gegenseitig. Hier wären Lieferzonen sinnvoll. Daher plädiert er klar für den Antrag.

**Stadtrat Stern** spricht sich für mehr Gelassenheit bei dem Thema aus. Momentan könne er dem Antrag nicht zustimmen.

**Stadträtin Linke** spricht sich noch einmal für ihren Antrag aus und verweist auf die Stellungnahme im VEP 2030 hinsichtlich des Ziels bedarfsgerechter Anlieferzonen.

Abstimmung zum Antrag A0240/20: 2-3-3 nicht empfohlen

8.5.1. Herausforderung Lieferverkehr  
Vorlage: S0031/21

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.6. Indirekte Förderung durch gesplittete  
Niederschlagswassergebühren bei Dachbegrünung  
Vorlage: A0256/20

---

Der Einbringer **Stadtrat Moll** sieht den Antrag mit vorliegender Stellungnahme als erledigt an.

Der Antrag ist mit der Stellungnahme erledigt.

8.6.1. Indirekte Förderung durch gesplittete  
Niederschlagswassergebühren bei Dachbegrünung  
Vorlage: S0030/21

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.7. Mehr Außengastronomie in der Sternstraße  
Vorlage: A0194/20

---

**Stadtrat Dr. Grube** verweist auf einen interfraktionellen Änderungsantrag, der aber momentan im Session nicht verfügbar sei.  
Daraufhin liest der Vorsitzende den Antrag vor.

*Interfraktioneller Änderungsantrag A0194/20/1:*

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Der Ursprungsantrag erhält folgende Neufassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. in der Sternstraße zwischen der Bölschestraße und dem Ende der südlich anschließenden gründerzeitlichen Blockrandbebauung im Jahr 2021 die Parkflächen vor den Kneipen/Restaurants den Gastronom\*innen für Außengastronomie zur Verfügung zu stellen.
2. die Erfahrungen aus dem Jahr 2021 auszuwerten und dem Stadtrat die Schlussfolgerungen für die Folgejahre zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Begründung:**

In der Coronakrise haben viele Gastronom\*innen wegen der geltenden Abstandsregelungen und der geringeren Platzzahl Probleme, ihre Betriebe wirtschaftlich zu betreiben. Da wo es möglich ist, wird das durch die Erhöhung der Plätze in der Außengastronomie wenigstens zum Teil kompensiert. Durch den langen Lockdown ist Situation der Gastronomie nicht nur, aber auch in der Sternstraße dramatisch. Die Umwidmung der Parkplätze zur Nutzung für Außengastronomie zunächst in 2021 und ggf. darüber hinaus wäre ein wichtiger Baustein, dem entgegenzuwirken. Dringend notwendig ist es.

Diese Möglichkeit sollte auch den Gastronom\*innen in der Sternstraße durch die pragmatische Neuaufteilung des Straßenraums gegeben werden.

**Herr Gebhardt** (AL 66) verweist u.a. auf geführte Gespräche mit der Hasselbachplatzmanagerin sowie Vertretern\*innen aus der Gastronomie (2020 und 2021) hinsichtlich einer genehmigungs- und umsetzungsfähigen Nutzung von Parkplatzflächen entlang der Sternstraße.

Die Randbedingungen zu verbessern hält **Stadtrat Stern** für eine gute Sache. Zu Bedenken gibt er, dass die Straßenbahn hier mehrere Linien führt, diese Problematik bleibe bestehen. Die Idee in einzelnen Bereichen umzusetzen findet er gut, jedoch nicht für den gesamten Bereich.

**Stadtrat Moll** findet die Umwandlung von Parkplätzen gut, spricht sich aber gegen ein Parken in 2. Reihe aus. Die Gastronomie sollte unterstützt werden.

**Stadträtin Linke** findet den Änderungsantrag gut und schlägt eine Ergänzung des Änderungsantrages vor.

**Stadtrat Mertens** hätte dem Ursprungsantrag nicht zustimmen können und der Änderungsantrag liege ihm nicht vor, daher werde er sich enthalten.

**Stadtrat Schuster** sieht den Änderungsantrag von **Stadträtin Linke** problematisch. Er bittet das Tiefbauamt zu prüfen, inwieweit eine befristete 30-Minuten-Parkzone errichtet werden könne.

**Herr Gebhardt** verweist auf die vorhandenen Anwohnerparkplätze sowie die gebührenpflichtigen Parkplätze in diesem Bereich. Die Umwandlung von gebührenpflichtigen Parkplätzen in Kurzzeitparken bedeute auch Einnahmeverluste, gibt er zu bedenken. Die Anwohnerparkplätze müssten verlagert werden, ebenfalls müssten die vorhandenen Lieferzonen mit berücksichtigt werden.

#### Änderungsantrag **Stadträtin Linke**:

*ÄA StBV und WTR:*

*Der Änderungsantrag ist um folgenden Punkt zu ergänzen:*

*Jeweils eine Stellplatzfläche sowohl auf der Nord- wie auf der Südseite der Sternstraße ist als Ladezone zu beschildern. Ebenfalls sollte bei der Verkehrsbehörde das Zeichen für die Untersagung von Halten und Parken auf der Sternstraße beantragt werden sowie der Abschnitt regelmäßig durch das Ordnungsamt kontrolliert werden.*

*Begründung:*

*Städtischer Güter- und Logistikverkehr benötigt zentral gelegene Flächen wie u. A. Ladezonen. So kann die effiziente Ver- und Entsorgung im Innenstadtbereich unterstützt und die Verkehrssicherheit gewährleistet werden. Regelwidriges Be- und Entladen in zweiter Reihe würde nicht nur die gewünschte Aufenthaltsqualität des Ursprungsantrags negativ beeinflussen,*

sondern auch den flüssigen Verkehr behindern und für z. B. Radfahrende eine Gefahrenquelle darstellen [2].

„Ladezonen sind besondere Bereiche im öffentlichen Raum (in der Regel im Bereich von Parkspuren), die nur für Ladetätigkeiten genutzt werden dürfen. Die Straßenverkehrsordnung kennt den Begriff der Ladezone nicht und sieht somit auch keine einheitliche Beschilderung für eine Ladezone vor. Diese erfolgt in der Regel durch die Kombination eines Parkverbots bzw. Halteverbotsschildes mit einer Ausnahmeregelung. Zur Nutzung der Ladezone berechtigt sind in jedem Fall gewerbliche Lieferfahrzeuge für die Dauer des Be- und Entladens von Waren unabhängig von Größe und Gewicht. Ausnahmeregelungen können aber auch von Handwerkern beantragt werden“ [1].

[1] Industrie- und Handelskammer Zu Köln/KE-CONSULT Kurte&Esser GbR: Die Ladezone im Blickpunkt - Anforderungen an die Güterversorgung in Köln und Leverkusen, Köln, 2018.

[2] Agora Verkehrswende: Liefern ohne Lasten - Wie Kommunen und Logistikwirtschaft den städtischen Güterverkehr zukunftsfähig gestalten können, Berlin 2020.

Abstimmung: 3-3-2 nicht empfohlen

Abstimmung zum Antrag A0193/20: 6-1-1 geändert empfohlen

#### 8.7.1. Mehr Außengastronomie in der Sternstraße

---

Abstimmung zum nachrichtlich übernommenen Änderungsantrag A0193/20/1: 6-1-1

#### 8.7.2. Mehr Außengastronomie in der Sternstraße Vorlage: S0023/21

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

#### 8.8. Neupflanzung/Halberstädter Chaussee Vorlage: A0243/20

---

**Stadtrat Dr. Grube** fehlt bei der Abstimmung.

Abstimmung zum Antrag A0243/20: 7-0-0

#### 8.8.1. Neupflanzung/Halberstädter Chaussee Vorlage: S0052/21

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.9. Stadtwald-Bäume-Stadtteilparks-Mobile Bäume  
Vorlage: A0175/20

---

**Stadtrat Stage** spricht sich für eine punktweise Abstimmung zum Antrag aus.

Einzelabstimmung

8.9.1. Punkt 1.

---

Abstimmung: 7-0-1

8.9.2. Punkt 2.

---

Abstimmung: 8-0-0

8.9.3. Punkt 3.

---

Abstimmung: 8-0-0

8.9.4. Punkt 4.

---

Abstimmung: 3-3-2 nicht empfohlen

8.9.5. Punkt 5.

---

Abstimmung: 8-0-0

8.9.6. Stadtwald-Bäume-Stadtteilparks-Mobile Bäume  
Vorlage: S0370/20

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9. Informationen

---

9.1. Tempo 30 für die Hertzstraße  
Vorlage: I0033/21

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.2. Gehweg-Parken auf der Nordseite der Weferlinger Straße  
Vorlage: I0048/21

---

**Stadtrat Hausmann** wird vor allem im Winterhalbjahr von Bürger\*innen hinsichtlich der Beleuchtungssituation angesprochen. Der Unmut der Bürger nehme zu, teilt er mit.

**Stadtrat Stage** verweist auf die vorhandene legale Möglichkeit des Parkens auf dem Gehweg. Ein Parkhaus in diesem Bereich wäre ein Lösungsansatz. Die Situation müsse angegangen werden.

**Herr Gebhardt** informiert, dass die Wobau in absehbarer Zeit ein Parkhaus in der Beimssiedlung baut.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee

---

11. Verschiedenes

---

**Stadtrat Moll** fragt nach der genauen Anzahl von wegfallenden Gewegausbuchtungen im Bereich der Agricolastraße.

**Herr Gebhardt** verweist auf die vor Ort mit **Stadtrat Moll** erfolgte Abstimmung. Es werden 8 Gewegausbuchtungen zurückgebaut, dafür entstehen Einstellplätze.

**Stadtrat Stern** geht auf die Zufahrt zur Rennbahn im Bereich Rondell ein, fragt was dort geplant sei und erkundigt sich nach den Auftraggeber\*innen.

**Herr Gebhardt** verweist auf die Zuständigkeit des EB SFM. Der SFM erneuert die Zufahrt im Rahmen der Hochwasserschadensbeseitigung.

**Stadtrat Schuster** fragt, wann die Straße An der Steinkuhle wieder geöffnet werde. Des Weiteren geht noch einmal auf den Vorschlag der Brunnen vor der Hyparschale von Heinrich Apel ein und bittet Amt 61 dieses mit zunehmen.

**Herr Gebhardt** verweist auf den durch Frost entstandenen Bauverzug bei der Baumaßnahme An der Steinkuhle.

Am 01.04.2021 werden die Hauptbauleistungen beendet und die Straße wieder geöffnet.

**Stadtrat Hausmann** und **Stadtrat Mertens** verlassen um 20:00 Uhr die Sitzung.

**Herr Fuß** (Projektleiter EÜ ERA) erläutert anhand einer Power Point Präsentation die aktuelle Situation auf der Baustelle.

**Stadtrat Dr. Grube** bittet zu prüfen, inwieweit die theoretische Möglichkeit besteht vor der eigentlichen Inbetriebnahme des Tunnels die Tangentenabfahrt in Betrieb zu nehmen.

**Herr Fuß** nimmt den Prüfauftrag mit. Mindestens bis März 2022 werden die Asphaltierungsarbeiten im Bereich Damaschkeplatz dauern.

**Stadtrat Stern** bittet darum, für den StBV die Nachträge zusammengefasst vorzulegen. Des Weiteren hinterfragt er die Regelungen hinsichtlich der Bebauung Kölner Platz. Die Bebauung des Kölner Platzes durch die Deutsche Bahn soll erst nach der Fertigstellung der Tunnelbaustelle begonnen werden, stellt er fest. Welche Zufahrtsmöglichkeiten zur Baustelle Kölner Platz werden geplant/sind gegeben?

Auf die Nachträge eingehend verweist **Herr Fuß** auf die Information im FG. Die nächste Information zu den Nachträgen werde auch den Mitgliedern des StBV zugereicht.

Bezüglich der Bebauung auf dem Kölner Platz teilt er mit, dass noch Bautätigkeiten auf der Südseite unter den Eisenbahnbrücken bis Mai 2023 durchgeführt werden.

Ergänzend erläutert **Herr Dr. Scheidemann** die Möglichkeit der Deutsche Bahn einer Zuwegung über die Gleise, die Nutzung von angrenzendem Bahngelände

**Herr Fuß** verweist hinsichtlich des Fertigstellungstermins der Eisenbahnüberführung im Dezember 2022 auf die noch zu klärende MVB Haltestellensituation für die Phase bis zur endgültigen Inbetriebnahme der Haltestelle Kölner Platz Südseite. Abschließend macht er einen Standortvorschlag zu der vom ADFC geforderten Fahrradzahlstation und erläutert den favorisierten Standort. Er verweist auf unterschiedliche Zählsysteme/Modelle. Es erfolgt ein weiterer Austausch zwischen Projekt und ADFC.

**Stadtrat Stern** hinterfragt die Möglichkeit, auch für den motorisierten Individualverkehr Zählschleifen bzw. Zählstellen einbauen zu lassen. Gegebenenfalls sollte die „Fahrradzahlstation“ um diese Erfassung erweitert werden.

**Stadträtin Linke** begrüßt die Messstation und sieht Vorteile der Nutzung für die Stadtplanung.

**Stadtrat Stage** geht auf den Zweirichtungsradweg in diesem Bereich ein und hinterfragt die damit verbundene Zähltechnik.

Die Frage nimmt **Herr Fuß** zur abschließenden Klärung mit.

**Herr Fuß** nimmt das zustimmende Feedback aus dem Ausschuss zum Standort der Messstation mit und wird mit studentischer Unterstützung zu den unterschiedlichen Zählsystemen weiter recherchieren und informieren.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage  
Vorsitzender

Corina Nürnberg  
Schriftführerin